

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Soziale Gerechtigkeit beim Hochschulzugang durchsetzen

In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hat das Studium ohne Abitur einen Wachstumstrend erlebt. Laut den jüngsten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2021 studieren deutschlandweit insgesamt 70.338 Personen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Zehn Jahre zuvor lag deren Zahl noch bei 31.282 und hat sich somit mehr als verdoppelt. Noch nie haben in Deutschland mehr Menschen auf diesem Weg ein Studium aufgenommen. Das ist unter anderem zwei Institutionen zu verdanken, die in diesem Jahr runde Geburtstage feiern – der Online-Studienführer www.studieren-ohne-abitur.de vom Centrum für Hochschulentwicklung wird zehn Jahre alt und der Verein ArbeiterKind feiert im Mai 15-jähriges Bestehen. Doch trotz deren jahrelangem Engagement hängt der Hochschulzugang in der BRD nach wie vor in hohem Maß vom Elternhaus ab.

Denn das deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft, statt ihr entgegenzuwirken. Wer wohlhabende Eltern hat, hat bessere Chancen, Abitur zu machen und zu studieren. 74 Prozent der Akademiker:innen-Kinder beginnen ein Studium, aber nur 21 Prozent der Nicht-Akademiker:innenkinder. Bei den Bachelor-Absolvent:innen beträgt ihr Anteil 15 Prozent, beim Master nur noch 8 Prozent.

Zwar gibt es in Hamburg rechtliche Regelungen, die einen Hochschulzugang auch über beispielsweise Fortbildungen für einen Meisterbrief oder per Nachweis von Berufstätigkeit in Kombination mit einer Eingangsprüfung vorsehen, allerdings wird von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht. Die bereitgehaltenen Quoten von 3 Prozent für Bewerber:innen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung in grundständigen Studiengängen werden seit Jahren von keiner Hamburger Hochschule ausgeschöpft; die Zahl dieser Studienanfänger:innen ist sogar rückläufig.

Dass zuletzt nicht einmal 2 Prozent aller Studierenden an den öffentlichen Hamburger Hochschulen über die berufliche Qualifikation an die Hochschule gekommen sind, scheint unter anderem auch an den hohen Kosten für die Zulassungsprüfung (bis zu 370 Euro) und schlechten Finanzierungsbedingungen für Studierende zu liegen. Eine scheinbar dürftige Informationspolitik dürfte für das Ausbleiben von Bewerbungen ihr Übriges zutun. Dabei hegen viele junge Menschen den Wunsch, sich weiterzubilden, und noch viel mehr erfüllen die Voraussetzungen für eine solche Bewerbung.

Vorbildcharakter für eine gute Hochschulzugangsmöglichkeit ohne Abitur hat das Modell des Fachbereichs Sozialökonomie an der Universität Hamburg. Die gewerkschaftlich geprägte Entstehungsgeschichte des Fachbereichs macht sich auch darin bemerkbar, dass eine Quote von 40 Prozent der Studienanfängerplätze für Personen mit beruflicher Qualifikation vorgesehen ist. Zwar hat auch dieser Fachbereich mit einem Rückgang beruflich qualifizierter Studienanfänger:innen zu kämpfen, dennoch ist diese Zugangsart für mehr als 20 Prozent der Weg in ein Studium. Gezielte Werbung für diese Form des Hochschulzugangs, entsprechende Vorbereitungskurse und Unterstützungsinfrastruktur machen das Modell hier so erfolgreich.

Auch bei anderen Hochschulen finden sich Beispiele für gute Unterstützungsmodelle. Für Studieninteressierte mit beruflichem Bildungshintergrund etwa bieten manche Hochschulen eine strukturierte Studieneingangsphase. Diese erleichtern Studierenden ohne Abitur den Einstieg in das Sozialsystem Hochschule. Seit 2016 gibt es bereits an einzelnen Hochschulen Hochschulsozialarbeit, die dabei hilft, Hürden und Herausforderungen sowie schwierige Situationen im Studienverlauf zu meistern, wenn man den Zugang an die Hochschule geschafft hat. Denn die Abbruchquote ist bei Studierenden ohne Abitur etwas höher als im Durchschnitt. Hier sind die Hochschulen gefordert, ihre Informations- und Beratungsangebote für beruflich qualifizierte Studierende sowie die Unterstützung vor und nach Studienaufnahme auszubauen.

In Reaktion auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion brüstete sich der Senat damit, dass „Hamburg regelmäßig einen der Spitzenplätze im bundesweiten Vergleich“ einnehme und es „vor diesem Hintergrund (...) derzeit keine Planungen der zuständigen Behörden (gebe), weitere Maßnahmen zu ergreifen“ (Drs. 22/9510). Und tatsächlich zeigt die jährliche Untersuchung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zum Studieren ohne Abitur¹, dass in 14 anderen Bundesländern noch weniger als 4,2 Prozent der Studierenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ein Studium aufgenommen haben. In dem Verweis auf diese Zahlen vergisst der Senat allerdings zu erwähnen, dass es sich dabei hauptsächlich um Studierende privater Hochschulen handelt.

So studierten 2021 zwar 408 Personen ohne Abitur an der Europäischen Fernhochschule Hamburg und 188 an der HFH Hamburger Fern-Hochschule, an der öffentlichen Universität Hamburg waren es im selben Jahr nur 92 Studierende.

Der Regelbetrieb an den öffentlichen Hamburger Hochschulen bleibt für die meisten Studieninteressierten ohne Abitur verschlossen. Besonders besorgniserregend ist dabei auch, dass es sich keineswegs um eine Positiventwicklung handelt. Allein im Zeitraum von 2017 bis 2021 schrumpfte die Zahl derjenigen, die mit einer Meisterprüfung den Hochschulzugang an die UHH bestritten, um rund ein Viertel auf 0,7 Prozent der Studierenden ab.

Auch am Fachbereich der Sozialökonomie der UHH sind die Zahlen der Studierenden ohne Abitur innerhalb der letzten fünf Jahre um 43 Prozent eingebrochen, auch wenn die 487 Studierenden im Jahr 2021 wieder ursächlich dafür sind, dass wenigstens die UHH ihre selbstgesteckte Quote von 3 Prozent im Bereich der Studierenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung überhaupt knapp erreicht.

In seiner ganzen Dramatik zeigt sich dieser Abwärtstrend, wenn man auf den Gesamtanteil an den öffentlichen Hochschulen schaut: Denn wenn der Anteil dieser Studierenden an öffentlichen Hochschulen 2017 mit 3,35 Prozent bedenklich gering erschien, müssen die 1,88 Prozent aus 2021 schockieren.

Konkret drückt sich dieser Missstand auch darin aus, dass es im Wintersemester 2022/2023 an der HCU, an der TUHH und an der HFBK keine:n einzige:n Studierende:n ohne Abitur gab. Die soziale Selektivität hat sich also beim Hochschulzugang in den letzten Jahren noch deutlich verschärft.

Wir sollten unsere Entwicklung nicht daran festmachen, dass es in anderen Bundesländern noch schlechter läuft. Wenn Rot-Grün wirklich für Bildungsgerechtigkeit wirken will, dann muss jetzt beim Hochschulzugang nachgearbeitet werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit den Hochschulen sicherzustellen, dass Studieninteressierten ohne Abitur keine Gebühren im Kontext des Hochschulzugangs entstehen, die über die Semestergebühren hinausgehen, dazu zählen insbesondere Gebühren für etwaige Eingangsprüfungen,

¹ Siehe <https://www.che.de/2022/studium-ohne-abitur-in-deutschland/>.

2. gezielte Schulungen für die Beschäftigten in der Studienberatung zu dem Thema anzubieten und Stellen für Hochschulsozialarbeiter:innen zu schaffen,
3. darauf hinzuwirken, dass die Hochschulen in ihren Diversity-Konzepten nach § 3 Absatz 4 HmbHG das Thema Klassismus adressieren und dafür beispielsweise Mentor:innenangebote auch für Studierende ohne Abitur und Arbeiter:kinder einrichten,
4. das Thema in die Informationsangebote und in die aufsuchende Beratungsarbeit zu Studienangeboten an Schulen aufzunehmen,
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.